

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2009-09-28

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter: CDU/FDP-Fraktion
Telefon: 545 2952

Antrag Drucksache Nr.

00144/2009

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Bessere Prävention in den Hilfen zur Erziehung

Beschlussvorschlag

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, der Stadtvertretung ein Konzept zur Weiterentwicklung der „Hilfen zur Erziehung“ bis Ende Januar 2010 vorzulegen. Das Konzept soll darlegen, wie Hilfen zur Erziehung effizienter und präventiver geleistet werden können. Das Ziel ist dabei, nachhaltige Effekte zu erreichen, in deren Folge es auch zur Reduzierung des finanziellen Aufwandes der Stadt kommt.

Begründung

Seit Jahren gibt es in Deutschland trotz rückgängiger Zahlen von Kindern und Jugendlichen steigende Fallzahlen in den Hilfen zur Erziehung. Dies betrifft sowohl ambulante und teilstationäre Hilfen, sozialpädagogische Familienhilfen als auch die Vollzeitpflege (stationäre Hilfen). Zwar besteht der Bedarf an erzieherischen Hilfen nicht ausschließlich in Familien mit sozialen Problemlagen, die Wahrscheinlichkeit eines Hilfebedarfs tritt jedoch überproportional dort auf, wo allgemeine soziale Problemlagen vorgefunden werden. Es müssen daher ganzheitliche Konzepte entwickelt werden, um den Trend nach immer steigendem Hilfebedarf aufzuhalten und umzukehren. Das Konzept soll unter anderem folgende Punkte berücksichtigen:

- Es ist nach dem Grundsatz „ambulant statt stationär“ zu verfahren, soweit dies pädagogisch und finanziell sinnvoll ist.
- Der von der Stadtverwaltung beschrittene Weg zur Einrichtung von so genannten „Erziehungsstellen“ ist zu evaluieren und ggf. auszuweiten.
- Soweit möglich und sinnvoll, soll die stationäre Betreuung von Kindern und Jugendlichen ortsnahe erfolgen, um die Reintegration in die Familie zu erleichtern.
- Aufklärungsprojekte über Verhütung, Schwangerschaft und Kinderpflege für Jugendliche sollen mit dem Ziel ausgeweitet werden, um eine verantwortungsvolle Entscheidung für Schwangerschaft und Familiengründung zu stärken.

Bei der Konzepterstellung sind ggf. auch Maßnahmen des „freiwilligen“ Bereiches zu berücksichtigen, wenn sie mittelfristig zu Synergieeffekten im „pflichtigen“ Bereich führen können.

über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben / Einnahmen im Haushaltsjahr

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle: ---

Deckungsvorschlag

Mehreinnahmen / Minderausgaben in der Haushaltsstelle: ---

Anlagen:

keine

gez. Sebastian Ehlers
Fraktionsvorsitzender